

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Interaten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzvorchriften ausgeschlossen. • Postkred.-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Billale Bochum, Biltorlastr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um eure und eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die Deutsche Republik und ihre Verfassung!

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander befehdeten, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre unbeschränkte Vorkherrschaft auf eure Knechtschaft zu gründen.

Laßt euch durch ihr Kampfschreien gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch eure Zwietracht. Sie müssen zerschanden werden an eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft euch auf zu einheitlicher Abwehr!

Wollt ihr, daß die Not, die die'e beispiellose Krise auf euch häuft, auch noch zu eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt ihr wieder wie einst der Willkür eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger eures Willens sind, willenslose Befehlsempfänger eines faschistischen Staates treten? Wollt ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung eurer Rechte gewährleisteten?

Ihr wollt das nicht, ihr könnt das nicht wollen!

Der Verschwörung der Kriegsheher von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde eurer Freiheit, müßt ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten! Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft eures unbeirrbareren politischen Willens entgegensetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen euch auf, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg eure Stimme zu geben!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Außerordentlicher Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Mittwoch, den 23. März 1932, im Plenarsaal des Vorl. Reichswirtschaftsrats in Berlin, Bellevuestraße 15. Beginn: vormittags 9³⁰ Uhr.

Tagesordnung:

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

Nach dem Beschluß des Bundesauschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundesatzung ist den Verbandsvorständen überlassen.
Der Bundesvorstand. Leipt.

Nun aber Arbeitsbeschaffung!

Von Fritz Tarnow, M. d. R.

Wenn die Abrüstungsdebatten, die jetzt in Genf begonnen haben, sehr schnell zu einem brauchbaren Erfolg führen würden, und wenn auch die Reparations- und Kriegsschuldenfragen bereinigt wären, und wenn dann in einer neuen Atmosphäre des weltpolitischen Vertrauens die versteinerten Kapitalmärkte auftauen und schließlich auch die internationalen Handelsbeziehungen wieder im Geiste der Zusammenarbeit hergestellt würden — wenn das alles demnächst hintereinander abrollen würde, dürfte man hoffen, daß auch in unserer Wirtschaft der Umschwung nicht ausbleibe.

Es sind aber zu viele „Wenns“ dabei und ihre Erfüllung ist in absehbarer Zeit gar zu unwahrscheinlich, als daß man sich länger damit begnügen könnte, ausschließlich auf diese Lösung zu starren. Der Einkrümpfungsprozeß geht immer noch weiter. Das gewalttätige Köpfen der Masseneinkommen durch die sinnlose Deflationspolitik konnte, wie vorauszusehen, gar kein anderes Ergebnis haben. Dazu kommt nun auch noch die Abdrosselung unseres Exports durch handelspolitische Kriegsmaßnahmen überall in der Welt, wodurch bei uns ein neuer Zugang an Arbeitslosen unvermeidlich eintreten muß. So ernst diese Ausblicke sind, so liegt doch noch lange

kein Grund vor, sich einer Weltuntergangsstimmung hinzugeben. Nur ist es allerdings höchste Zeit für die Erkenntnis, daß es mit dem bloßen Abwarten jetzt vorbei sein und daß unverzüglich eine zielbewußte aktive Konjunkturpolitik in Angriff genommen werden muß. Wir können selbstverständlich von Deutschland aus die Weltkrise nicht überwinden, auch ihren Auswirkungen können wir uns nicht entziehen. Wir könnten aber trotz Weltkrise ein weit größeres Wirtschafts- und Verbrauchsvolumen haben, wenn durch eine vernünftige Organisation wenigstens diejenigen Produktionsfaktoren zusammengebracht würden, über die wir selbständig in der Volkswirtschaft verfügen.

Konjunkturpolitik heißt Arbeit beschaffen. Nicht Notstandsarbeiten und Arbeitsdienst, sondern produktive Arbeit. Weil aus der Privatwirtschaft heraus die erforderlichen Arbeitsaufträge nicht anfallen, müssen sie von öffentlichen Stellen systematisch aufgesucht und weitergeleitet werden. Wenn die Privatwirtschaft keine Arbeit findet, heißt das ja nicht, daß keine da wäre. Nichts wäre leichter, als die Verbrauchsgüterindustrie in Bewegung zu setzen, wenn es nur auf einen vorhandenen Bedarf anläme. Nach den Regeln unseres Wirtschaftssystems — das darf man heute auf morgen nicht

herauspringen können — muß aber erst einmal die Kaufkraft vergrößert werden, bevor wieder mehr Konsumgüter produziert werden können. Und deswegen muß es mit der Mehrbeschäftigung von Arbeitern den Anfang nehmen.

Nun wäre es nach der vorhandenen Sachlage ein halber Wahnsinn, den ohnedem weit übersehten Produktionsapparat noch mehr zu vergrößern. Tatsächlich rührt der Mangel an Unternehmungslust, der so oft kritisiert wird, auch mit daher, daß es an geeigneten Objekten dafür zu fehlen scheint. Trotz aller Kapitalnot, trotz Kapitalflucht haben sich heute schon wieder bei den Banken liquide Geldreserven angesammelt, die unätig dort liegen, weil es an geeigneter Nachfrage fehlt. Auch die Reichsbank könnte nach ihren letzten Ausweisen den normalen Handelskredit noch wesentlich ausweiten und es ist ein offenes Geheimnis, daß sie heute nicht so viel Kreditnehmer bekommen kann, wie sie Kredite vergeben möchte. Vielleicht kann auch ein Teil der Auslandskredite, die in Deutschland frei werden, aber auf Grund des erneuerten Stillhalteabkommens in das Ausland nicht abgeführt werden können, für Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland verwertet werden.

Daß die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht ausgenutzt werden, liegt allerdings zu einem Teil auch daran, daß sie nur kurz- oder höchstens nur mittelfristig haben sind, während für Investitionen langfristige gebraucht werden. Eine Reform des Kreditwesens — wofür der vielbesprochene Wagemann-Plan einen gangbaren Weg zu weisen scheint — könnte diese Schwierigkeit sicherlich wesentlich mildern. Zum mindesten für die Ausschöpfung der erreichbaren Kredite fehlt es nicht an Betätigungsmöglichkeiten, die auch den privatkapitalistischen Ansprüchen an Rentabilität und Sicherheit genügen. Bei der allgemeinen Geschäftsunlust bedarf es aber eines organisierten Druckes, um die Initiative auszulösen. Bei der Reichsbahn liegen bereits umfangreiche Projekte für Elektrifizierungen und für Verstärkung des Oberbaues und der Brücken zwecks Indienststellung von Großraumgüterwagen vor. Auch die Reichspost hat Aufträge, namentlich auf dem Schwachstromgebiet, vorbereitet. Es kommt nicht darauf an, ob diese Arbeiten im Augenblick dringend sind. Auf längere Sicht sind sie notwendig und auch rentabel und niemals kann es wichtiger sein, sie für Arbeitsbeschaffungszwecke heranzuziehen, als im Augenblick.

Geradezu trostlos sieht es in der Bauwirtschaft aus, obwohl mindestens an Kleinwohnungen ein großer Mangel ist. Die Vernachlässigung von Reparaturarbeiten, deren Durchführung vielen Arbeitern Beschäftigung geben würde, kostet viel mehr, als durch die Unterlassung der Arbeiten erspart wird. Es liegen verschiedene Vorschläge für die Finanzierung solcher Arbeitsmöglichkeiten vor und es muß dringend gefordert werden, daß hier etwas Durchgreifendes bald geschieht.

Alle diese Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiete der Erwerbs- und Verkehrswirtschaft und im Rahmen des üblichen Kreditverkehrs bedeuten jedoch noch nicht sehr viel, gemessen an den 6 Millionen, die nach Arbeit schreien. Sie müssen ergänzt werden durch die schleunige Inangriffnahme solcher Arbeiten, die nur volkswirtschaftlich, aber nicht betriebswirtschaftlich rentabel sind, und für die deshalb die Initiative nur von der öffentlichen Hand ausgehen kann. Dazu gehören vornehmlich die Verbesserung und der Bau von Straßen und Verkehrsbrücken. In früheren Zeiten war es hauptsächlich der Bau von Eisenbahnen, der Konjunkturen anfauchte. Die moderne Verkehrstechnik weist der Straße die Bedeutung zu, die früher den Schienen zukam, so daß sich ganz von selbst für eine aktive Konjunkturpolitik der Blick auf diesen Punkt lenken muß.

Jahr für Jahr werden ungezählte Millionenwerte durch Hochwasser vernichtet. Reich und Länder müssen hierfür als Entschädigung große Summen vergüten. Die Errichtung von Talsperren und Staudämmen wäre sicher für die Volkswirtschaft ein hochrentables Geschäft und für den Augenblick ein ausgezeichnetes Mittel zur Arbeitsbeschaffung.

Das eigentliche Problem der öffentlichen Arbeiten ist natürlich das der Finanzierung. Ist die öffentliche Hand nicht heute schon in einer so verzweifeltsten Finanzlage, daß selbst die normalen Aufträge nicht vergeben werden können? Das ist sicher richtig. Dabei ist es keineswegs so, daß etwa die öffentliche Hand stark überschuldet wäre. Die öffentlichen Schulden sind im Gegenteil — eine Folge der Abwertung durch die Inflation — heute noch geringer als in der Vorkriegszeit. Nur die Unmöglichkeit, irgendwo in der Welt, selbst bei ausreichender Sicherung durch vorhandene Sachwerte, langfristige Kredite zu bekommen, macht das Finanzierungsproblem so schwierig.

Schwierig heißt aber nicht unlösbar. Wenn nicht anders, wird man durch ganz neue Wege der Kreditpolitik zur Mobilisierung der sachlichen Produktionsfaktoren kommen müssen. Vorschläge auch dafür werden zur Zeit in den beteiligten Kreisen diskutiert, und irgendwie muß ein Weg gefunden werden, der aus dem höllischen Kreise der Wechselwirkung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsschrumpfung herausführt.

Entscheidend ist die Erkenntnis, daß wir nicht länger auf den automatischen Umschwung der Konjunktur warten können, daß die ökonomischen Grundlagen der Existenz nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen Volkes gefährlich bedroht sind, wenn nicht durch eine aktive Konjunkturpolitik mit dem Mittel der Arbeitsbeschaffung in den eingestürzten Wirtschaftsapparat eingegriffen wird.

Die Machtstellung des Salzdettfurth-Konzerns in der Kaliindustrie.

Der Machtkampf in der Kaliindustrie zwischen dem Wintershallkonzern und dem Burbachkonzern, oder besser gesagt: zwischen den beiden Beherrschern dieser Konzerne Kosterer und Korte, vermochte bisher nicht, den Salzdettfurthkonzern zu einer besonderen Aktivität in diesem Streit zu bewegen. Die Leitung des Salzdettfurthkonzerns hat sich stets allen persönlichen Tendenzen ferngehalten, und nur so ist es erklärlich, daß dieser zweitgrößte deutsche Kalikonzerne nicht schon längst sein entscheidendes Gewicht in die Waagschale des Schicksals der deutschen Kaliindustrie geworfen hat. Als Generaldirektor Kosterer im Jahr 1926-27 durch den Zusammenschluß des Wintershallkonzerns zum entscheidenden Schlag in der Machfrage der Kaliindustrie auszuholen verfuhrte, war es allerdings der Salzdettfurthkonzern, der sich mit dem Burbachkonzern zu dem bekannten „Antiblock“ zusammenschloß und hiermit den Machtgelüsten des Generaldirektors Kosterer einen Riegel vorschob. Auch in den Fragen der Preispolitik hat der Salzdettfurthkonzern bisher mehr den konservativen Standpunkt von Geheimrat Korte eingenommen, allerdings ohne auch hierin die klare Tendenz von Kosterer-Korte zu verfolgen.

Der Aufbau des Salzdettfurthkonzerns ist ein wesentlich anderer als der des Wintershall- oder Burbachkonzerns. Während die Struktur dieser beiden letztgenannten Konzerne durch den engen Zusammenschluß fusionierter Gesellschaften, wie wir es bereits kürzlich geschildert haben, markant gezeichnet ist, ist die Verankerung des Salzdettfurthkonzerns eine rein aktienmäßige. Auf dem Wege gegenseitiger Aktienbeteiligungen haben die Salzdettfurth-Kalimwerke W. mit den Kalimwerken Wschersleben und den konsolidierten Kalimwerken Westeregeln W. einen Großkonzern gebildet, der eine Gesamtbeteiligung von rund 247 Tausendst. d. h. beinahe ein Viertel, an Ablauf des Kapitalfonds umfaßt. Die starke aktienmäßige Bindung vorgenannter Gesellschaften untereinander findet auch in personeller Hinsicht ihren Widerklang dadurch, daß die Generaldirektoren von Wschersleben und Westeregeln gleichzeitig Generaldirektoren der Salzdettfurth-Kalimwerke sind.

Der Salzdettfurthkonzern hat nicht die Gesellschafts-Berschärfungspolitik betrieben, wie das zum Beispiel in einem hohen Maße beim Burbachkonzern der Fall ist. Die Verhältnisse liegen hier klar und einfach. Die Trägerin der Aktienmajorität von Wschersleben und Westeregeln ist die Salzdettfurth-W.G., während die beiden ersten Gesellschaften die Aktienmajorität der Salzdettfurth-Kalimwerke besitzen. Die Gesellschaften sind also ohne weiteres in der Lage, untereinander Quoten-austausche der einzelnen Werke vorzunehmen, so wie sie der Zweckmäßigkeit entsprechen.

Das Aktienkapital der Salzdettfurth-W.G. beträgt 28 Mill. M. Nach in der Bilanz vom 31. Dezember 1930 weist dieses Unternehmen ein Bankguthaben von mehr als 9,5 Mill. M. aus, und die Aktionäre erhielten im vergangenen Jahre noch 15 Proz. Dividende. Außer den bereits vorerwähnten Aktienmajoritäten von Wschersleben und Westeregeln besitzen die Salzdettfurth-Kalimwerke noch folgende Beteiligungen:

1. Die Majorität der Rube der Gewerkschaft Braunschweig-Lüneburg in Graslleben mit den beiden Schächten Graslleben und Heidwinkel;
 2. die Quote der halleischen Salzwerke W.G. in Schlettau, welche die Quoten der Gewerkschaft Saale und einen Teil der Mansfeld-Einigkeits-Quoten umfaßt;
 3. der Hauptteil der Mansfeld-Einigkeits-Quoten.
- Die Gesamtquote der Salzdettfurth-Kalimwerke W.G. beträgt 48,3 Tausendst.
- Die Kalimwerke Wschersleben haben ein Aktienkapital von 22 Mill. M. Auch diese Gesellschaft verfügte am 31. Dezember 1930 über ein bedeutendes Bankguthaben von etwa 8 Mill. M., von dem die Aktionäre 10 Prozent Dividende erhielten. Neben einem großen Paket Salzdettfurth-Aktien haben die Kalimwerke Wschersleben noch nachfolgende Beteiligungen, und zwar die Majoritäten der:

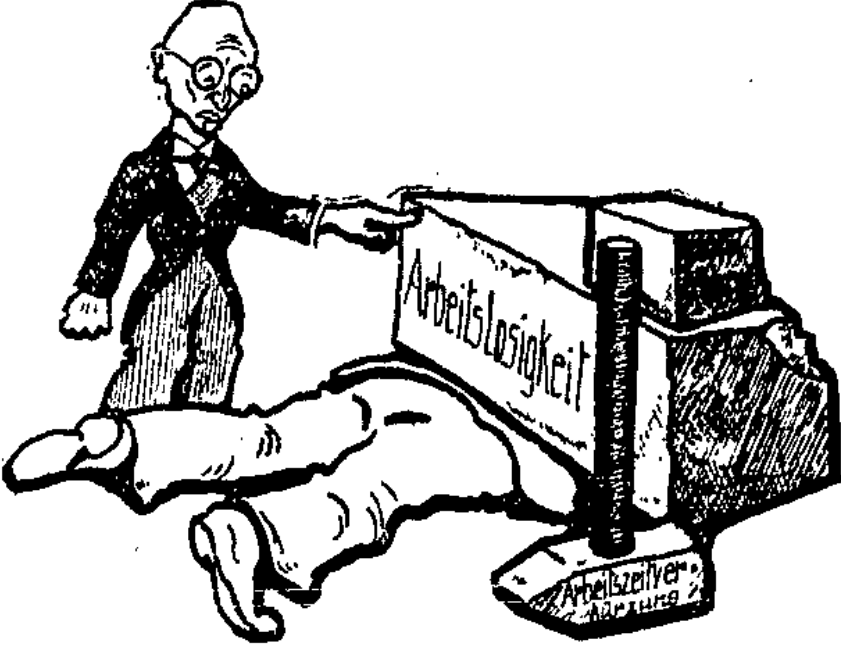
1. Wschersleben-Kalimwerke W.G. in Oberbrölingen mit den drei Schächten Adler, Adolfs Glück und Oberbrölingen;
2. hannoverschen Kalimwerke W.G. in Odesse;
3. Sohler Werke W.G., Leopoldshall;
4. Gewerkschaft Neu-Sollstedt in Sollstedt;
5. Gewerkschaft Sollstedt in Sollstedt mit den Schächten Craja I und II und Sollstedt;
6. Gewerkschaft Hope, Lindwedel;
7. Gewerkschaft Georg in Königsaue.

Außer den vier Schachtanlagen von Wschersleben besitzt dieses Unternehmen noch die Tochtergesellschaften Hattorf, Heimboldshausen, Habighorst, Mariaglad; Leopoldshall und Ludwig II mit drei Schächten. Hinzu kommen noch die Beteiligungen an den Harburg-Mansfeld-Quoten.

Die Gesamtquote der Kalimwerke Wschersleben beläuft sich auf 104,7 Tausendst.

Die konsolidierten Kalimwerke Westeregeln haben gleichfalls ein Aktienkapital von 22 Mill. M. Das

Sechs Millionen klagen an!



Sechs Millionen stöhnen unter der Last, sechs Millionen hat das Elend erfaßt, sechs Millionen schreien nach Arbeit und Brot, sechs Millionen verzweifeln in bitterster Not.

Sie haben zum Klotz der Arbeitslosigkeit der Welt noch das Zentnergewicht des Lohnraubes gestellt. Sie versprochen, das Dasein billiger zu gestalten und haben nur bescheiden ihr Wort gehalten.

Den Hammer »Arbeitszeitverkürzung« haben sie nicht geführt, nur zaghaft tippend wurde an die Last geführt. Sie taten nicht alles, was sie gemußt und gekonnt, drum, Arbeiter, her zur Eisernen Front! Paul Haase.

Bankguthaben bezifferte sich am 31. Dezember 1930 auf etwa 9 Mill. M. und an Dividende erhielten die Aktionäre schon seit 1928 jährlich 10 Prozent.

Die Beteiligungen von Westeregeln umfassen außer einem Paket Salzdettfurth-Aktien die folgenden Werke: Tarchun I und II, Hodmersleben I und II, Douglasshall, Köhleben, Gernersleben, Hebra, Unstrut, Orlas, Georg, Hanja-Silberberg I und II, Thüringen I und II, Weser, Conow und Sigmundshall. Ferner kommt der Anteil der Mansfeld-Quote hinzu.

Die Gesamtbeteiligung der Kalimwerke Westeregeln beträgt 94,1 Tausendst.

In vorstehendem haben wir ein kurzes Bild über den Aufbau des Salzdettfurthkonzerns entwickelt, das die überaus günstige finanzielle Struktur dieses Großkonzerns zeigt. Bei einem Gesamtkapital von 72 Mill. M. waren am 31. Dezember 1930 neben bedeutenden stillen Reserven allein 27 Mill. M. an Bankguthaben vorhanden, dessen Stand sich bis heute verhältnismäßig wenig geändert hat. Wohl kaum ein anderer deutscher Industriekonzern dürfte sich in einer ähnlich glücklichen Lage befinden. Für die Aktionäre werden hohe Dividenden ausgeschüttet, und es würde ein gerechter Ausgleich geschaffen werden, wenn das Volk in seiner Allgemeinheit auch entsprechenden Nutzen aus einem Wirtschaftszweig ziehen würde, dessen vorteilhafte Stellung unserem deutschen Lande, wie das bei dem monopolartigen Charakter der Kaliindustrie der Fall ist, von der Natur aus geschenkt ist.

Um die nötige Munition!

Die fürchterliche Wirtschaftsnot, die Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit und der notwendige Lohnabbau machen es dem Arbeiter schier unmöglich, seine einfachsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Jeder Arbeiter sucht daher nach Auswegen, stellt ebenfalls Notverordnungen in seinem Haushalt auf, um wenigstens einigermaßen die Ausgaben mit dem verminderten Einkommen in Einklang zu bringen. Es ist darum auch zu verstehen, daß die Mitglieder der Gewerkschaften bei der Ausbalancierung ihres Etats zur Erleichterung ihrer trostlosen Lage den Verbandsbeitrag einer Kritik unterziehen. Bei dieser Kritik um die Beitragsfrage muß trotz der Not jeder Gewerkschafter, der durch eine Beitragsleistung einen Ausgleich mit seinem verminderten Einkommen sucht, alle Vorteile und Nachteile dieses Vorhabens gründlich prüfen.

Vorweg sei gesagt: Zum Kriegführenden gehört vor allem Munition! Die Munition der Gewerkschaften sind die Beiträge, die jedes Mitglied seinem Verband leistet. Die Finanzen bilden die Grundlage einer jeden Organisation, und Erfolge können nur mit gesunden Finanzen erzielt werden. Es gibt auch „Riesen-Große-Däsen“, die das Gegenteil propagieren, den praktischen Beweis aber sind diese Leute bis jetzt den Arbeitern schuldig geblieben.

Leider können in der heutigen Zeit keine großen Reserven dem über alles notwendigen Kampffonds zugeführt werden, denn der größte Teil der Einnahmen aus den Beiträgen fließt durch die gewerkschaftlichen Unternehmenseinrichtungen wieder zurück in die Hände der Mitglieder. Die Zahlen in den Jahrbüchern legen über den Umlauf der vereinnahmten Beiträge bereites Zeugnis ab. Bei den Beträgen, die für Arbeitslosen-, Streit- und Maßregelungsunterstützungen gezahlt wurden, kommt bei der akuten Pleite der kapitalistischen Wirtschaft nicht nur die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, sondern vor allem die Solidarität und Opferwilligkeit der organisierten Arbeiterschaft zum Ausdruck. Einen nicht geringen Teil der Einnahmen verschlingen die Ausgaben für Reise- und Sterbegeld, für Umzugsunterstützung und Rechtschutz, für Verbandszeitschriften, Druckfachen, Beitragsmarken, Statuten und sonstiges unbedingt notwendiges Verwaltungsmaterial, für alle Ausgaben der Verwaltung, für Verhandlungen, für Beiträge an den ADGB, für die Internationale u. a. m. Das Deutvermögen ein klein wenig in Anspruch genommen, dann wird jedes Mitglied der Leistungsfähigkeit des Verbandes Anerkennung zollen.

Aber trotz alledem muß jetzt in jedem Arbeiterhaushalt mit aller Sparsamkeit gewirtschaftet und mit jedem Pfennig gerechnet werden. Das bedingt natürlich auch, daß über die Herabsetzung der Beiträge in den Kreisen der Mitglieder diskutiert wird. Im § 9 unseres Statuts ist die Beitragsleistung festgelegt. Die Staffelung ist so ausgeführt, daß automatisch bei vermindertem oder erhöhtem Lohn der Beitrag gekürzt oder erhöht wird. Also wäre nach dem Statut dem Willen der Mitglieder Rechnung getragen. „Das stimmt schon“, sagt der Kritiker, „aber mein Lohn ist jetzt so radikal abgebaut und vermindert sich durch Feierschicht demassen, daß ich die Regelung im Statut nicht den Verhältnissen entsprechend ansetzen kann. Einen Stundenlohn will ich noch gerne bezahlen, aber mehr verträgt mein Einkommen nicht mehr, da ich auch noch andere ebenso wichtige finanzielle Pflichten in der Arbeiterbewegung zu erfüllen habe.“

Diese Gründe sind selbstverständlich anzuerkennen, aber in Wirklichkeit ist ja auch der Beitrag nicht höher als ein Stundenlohn, soweit wie er im Statut festgesetzt ist, nur durch den Lokalzuschlag erhöht sich der Beitrag um ein wenig. Nun sind die Folgen einer Herabsetzung der Beiträge anders wie sie im Statut vorgeesehen sind, so schwerwiegend, daß man wenigstens das Wichtigste in dieser Hinsicht hier anführen muß.

Die Kürzung der Verbandsbeiträge bringt verringerte Einnahmen und gefährdet die Schlagkraft und Leistungsfähigkeit der Organisation. Eine Verminderung der Einnahmen hat aber auch eine Herabsetzung der Unterstützungsfähigkeit zur Folge. Gerade heute bedeutet die gewerkschaftliche Unterstützung eine große Hilfe für die Kameraden, die leider gezwungen sind, sie in Anspruch zu nehmen. Möge vor allem bei jedem Kameraden endlich die Erkenntnis sich durchsetzen, daß große Errungenschaften, die von klassenbewußten Arbeitern in langen Jahren mit schweren finanziellen und persönlichen Opfern erkämpft worden sind, durch den Faschismus heute in größter Gefahr sind. In dem heutigen wirtschaftlichen Wirrwarr bedeutet gewerkschaftliche Treue und Ueberzeugung: Opferwilligkeit! W. B., N.

Warum Arbeiterentlassungen an der Saar?

Die Generaldirektion der Saargruben gibt eine Erklärung zu der Entlassung von 5000 Saarbergarbeitern, in welcher es heißt:

„Die Vertreter der Gewerkschaften haben oft auf die Tatsache hingewiesen, daß Frankreich, welches Kohleneinfuhrland ist, doch mit Leichtigkeit seine saarländische Kohleneinfuhr um 2 Mill. T. erhöhen könne und sie haben oft erklärt, daß die französische Regierung im letzten Sommer ihnen gegenüber Verpflichtungen eingegangen sei, welche sie nicht gehalten habe. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, damit es hierüber keine Mißverständnisse gibt. Die moralische Verpflichtung, welche Frankreich eingegangen ist, ist die, daß in bezug auf die Zeit, welche der Krise vorausging, die saarländische Kohle in Frankreich in demselben Verhältnis wie die französische Kohle verkauft wurde. Die französischen Gruben haben diesen Grundgesetz jetzt als Grundlage für die Vereinbarungen, welche in Vorbereitung sind, angenommen; aber es kann nicht davon die Rede sein, diejenigen Weniger-Verkaufsmengen durch den französischen Markt aufnehmen zu lassen, welche wir auf dem saarländischen Markt und auf den verschiedenen anderen Absatzgebieten verloren haben. Im übrigen stößt, einerseits wegen der geographischen Lage des saarländisch-lothringischen Kohlengebietes und andererseits, weil dieses Kohlenrevier nur Zeit- und Flammkohlen unter Ausschluß von Anthrazit und Halbfleischkohlen produziert, die Erhöhung des Absatzes der Kohlen aus dem Saargebiet und Lothringen in der Krisenzeit in Frankreich auf große Schwierigkeiten. — Die Einführung der Einfuhr-erlaubnis auf dem französischen Markt konnte verhindern, daß wir nicht einen noch größeren Verkaufsverlust erlitten, aber sie hat das andauernde Zurückgehen des Kohlenverbrauchs nicht ausgleichen können.“

Die Arbeiterchaft ist das Opfer dieser Lage, da die Arbeiter im November nur etwa 19 Schichten, im Dezember 17½ Schichten und im Januar nur 17 Schichten arbeiten konnten. Die Arbeiter auf den Gruben, welche Kokssteine fördern, erreichten sogar nur 15 bis 16 Schichten.

Wir besitzen keinerlei Anzeichen dafür, daß in der nächsten Zeit eine Besserung eintritt. Die Nachrichten, welche wir erhalten, lauten im Gegenteil ungünstig, sie lassen sogar eine neue Verminderung der Zahl der Arbeitstage voraussehen.

Unter diesen Umständen sieht sich die Administration des Mines in die Notwendigkeit verjagt, ihre Betriebe diesen Ver-

hältnissen, welche wir bedauern, anzupassen. Wir haben die Ueberzeugung, so im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter zu handeln, welche es nicht länger mitansehen können, daß Monat für Monat die Zahl ihrer Arbeitstage kleiner wird. — Wir sind also gezwungen, die Belegschaft der Gruben zu vermindern.

Die Vertreter der Organisationen haben sich lebhaft dafür eingesetzt, damit die Administration des Mines auf ihren Plan der Arbeiterentlassung verzichte und das Krümpersystem einführe. Sie weigert sich nicht, das Krümpersystem ganz ernsthaft zu studieren, welches in Zukunft, falls es als anwendbar gefunden wird, die Wirkung haben kann, neue Entlassungen zu vermeiden und sogar die Wiederanlegung einiger Arbeiter gestalten kann. Das Krümpersystem ist in der Tat bis heute nur auf den niederschleifischen Gruben angewandt worden; es ist noch nicht in einem großen Grubenbezirk erprobt. Trotzdem wird der Generaldirektor zwei Ingenieure hinschicken, um es an Ort und Stelle zu studieren. Wenn man feststellt, daß es zu Ergebnissen führen kann, wird man es veruchsweise auf einer Division einführen. In der gegenwärtigen Lage kann jedoch die Möglichkeit der Anwendung des Krümpersystems zu unserem größten Bedauern uns nicht auf die Entlassung, welche beschlossen worden ist, verzichten lassen, weil wir sofortige Maßnahmen nötig haben.“

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter kam der französischen Grubenverwaltung in ihren Darlegungen nicht folgen. Wohl ist durch die Einschränkung der Eisenproduktion der Absatz im Saargebiet selbst gesunken, jedoch hat der französische Staat als Arbeitgeber auch seine Verpflichtung den Saarbergarbeitern gegenüber nicht erfüllt. Eine Mehreinfuhr von 2 Mill. T. bei einer Gesamteinfuhr von 35 Mill. T. in Frankreich wäre unbedingt möglich, wenn nicht das Profitinteresse in den Vordergrund gestellt würde. Solange weiterhin die Grubenverwaltung Millionenbeträge für französische Propaganda ausgibt, die mit der wirtschaftlichen Ausbeutung der Saarkohle nichts gemein hat, bestreiten wir ihr das Recht, über unrentable Produktion zu reden.

Unter Beachtung aller Gesichtspunkte ist die Maßnahme der Bergwerksdirektion in keiner Weise zu rechtfertigen. Sie bedroht die Gesamtwirtschaft des Saargebiets, deren Kommunen und die Existenz der Familien der Bergarbeiter!

Entschädigung der Besitzer an den Arbeitsgerichtsbehörden.

Am 17. Februar hat die Reichsregierung auf Grund des Arbeitsgerichtsgesetzes eine Verordnung über die Entschädigung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbesitzer der Arbeitsgerichtsbehörden erlassen, die am 1. März d. J. in Kraft tritt. Die Entschädigung für Verdienstausfall wird auf 0,20 M. bis zu 1,50 M. je angefangene Stunde, welche durch die Amtstätigkeit veräußert wird, festgesetzt. Gemäßt wird sie für höchstens 10 Stunden an einem Tage. Im Einzelfall hat sich die Höhe der Entschädigung nach der Erwerbstätigkeit zu richten. Neben dieser Entschädigung wird noch eine Aufwandsentschädigung gezahlt. Diese beträgt für Besitzer der Arbeits- und Landesarbeitsgerichte bei einer Sitzungsdauer bis zu vier Stunden 1 M., bei längerer Sitzung 3 M. Besitzer, die nicht am Sitz des Arbeits- oder Landesarbeitsgerichts wohnen und beruflich tätig sind, erhalten für den Sitzungstag sowie für jeden Reisetag eine weitere Entschädigung in Höhe von 3 M. Für Besitzer des Reichsarbeitsgerichts, die am Sitz desselben wohnen, beträgt die Aufwandsentschädigung 5 M. Für auswärtige Besitzer erhöht sich dieser Betrag auf 9,50 M. je Sitzungstag und Reisetag. An Uebernachtungsgeld wird an Besitzer der Arbeits- und Landesarbeitsgerichte 6 M. in besonders teuren Orten, sonst 4,50 M. gezahlt. Für Besitzer am Reichsarbeitsgericht wird ohne Unterscheidung ein Uebernachtungsgeld in Höhe von 7 M. festgesetzt. Weiter regelt die Verordnung, inwieweit Fahrkosten zu erstatten sind. Solche am Sitzung- und Wohnort werden nicht zurückvergütet. Es sei denn, daß diese die Aufwandsentschädigung übersteigen. Nur wenn dieses der Fall ist, wird der übersteigende Betrag ersetzt.

Achtung! Ortsverwaltungen!

Die Berichtkarte über die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist spätestens am 4. eines jeden Monats auszufüllen und abzulenden.

HAUS UND LEBEN

Heinrich Rämpchen zum Gedächtnis.

Wohl selten hat einer seinen Beruf so mit Liedern bedacht, wie es unser Heinrich Rämpchen getan hat. Ueber dreißig Jahre war er selber Bergmann. Er kennt also „das Reich der ewigen Nacht“ durch und durch, und es fiel ihm nicht schwer, all das Romantische, Mystische und Schreckliche des Bergmannsberufes in Verse zu formen. Am 6. März d. J. jährt sich zum zwanzigstenmal sein Todestag, und wir Bergarbeiter haben alle Ursache, seiner in Dankbarkeit zu gedenken.

Heinrich Rämpchen wurde am 23. Mai 1847 in Altdorf an der Ruhr geboren. Sein Vater war Bergmann und wurde später Obersteiger. Mit dreizehn Jahren mußte der junge Rämpchen mit zur Zechen. Es hieß also schon früh für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. An eine weitere Ausbildung war bei der Armut seiner Eltern nicht zu denken. Trotz seiner ausgezeichneten Begabung wurde Heinrich Rämpchen in die Bergarbeit eingezwängt. Bis zur Invalidisierung im Jahre 1891 blieb er im unterirdischen Betrieb tätig. Seine späteren Gedichte zeugen aber davon, daß er während der freien Zeit unablässig an sich gearbeitet hat, denn was alles an Kenntnis und Wissen aus seinen Liedern hervorkommt, das reicht weit über eine Durchschnittsbildung hinaus. Tiefe heimatische und gesellschaftliche Geschichtskennntnisse, die Kenntnis von dem Wesen der klassischen Dichtkunst u. a. m. spiegeln seine Verse wider.

Schon während seiner Tätigkeit als Bergmann zeigte sich die dichterische Begabung, die in seinem Ruhestand erst recht zur Entfaltung kam. Jetzt hatte er Zeit, jetzt konnte er alle die Eindrücke, die er im Laufe seines Lebens gesammelt hatte, verarbeiten. Die Streikbewegung im Jahre 1889 und die der selben folgenden Organisationsbestrebungen der Bergarbeiter zogen seine ganze Persönlichkeit in ihren Bann. Diese Epoche der gewerkschaftlichen Entwicklung der Bergarbeiter hat er in einer ganzen Reihe von Gedichten festgehalten. Rämpchen war während dieser Zeit der Sprecher der Bergarbeiter. Aber er hat nicht nur in seinen Liedern Mahnungen und Aufforderungen an sie ergehen lassen, sondern er stand selbst in den vordersten Reihen der Bewegung und jahrelang war er im Hauptvorstand des Bergarbeiterverbandes als Revisor tätig.

Die meisten Gedichte sind dem Bergmann und seiner Umwelt gewidmet. Rämpchen schildert die schwere Bergarbeit. Mißstände prangert er an. Für die Knappen fordert er Schutz. Im Kampf gegen die Unternehmer begeistert er die Kumpels. Weiter mahnt er zur Einigkeit. Dieses kommt besonders deutlich in seinem „Glück-auf-Lied“ zum Ausdruck. Die Heuchelei und das unkameradschaftliche Verhalten der Unorganisierten brandmarkt er scharf.

Neben diesen Arbeiten fand er noch Zeit, um seiner glühenden Heimat- und Naturliebe Ausdruck zu verleihen. Eine Menge von Liedern gibt uns hiervon Kenntnis. Die verschiedensten Sachen waren ihm Anlaß zu weiteren Gedichten. Großen Vorbildern hat er in seinen Liedern ein Denkmal gesetzt, wie z. B. Heine, Schiller, Kola, Annette von Droste-Hülshoff und anderen. Auch der näheren Umgebung hat er sich erinnert und ihm liebgeordnete Personen, die aus dem Leben gerissen wurden, einen Nachruf gewidmet. Meisterhaft hat er es verstanden, einzelne Typen zu zeichnen. Eine von ihnen ist die „Waldbere Frau“. Hier schildert er Leben und Leiden einer Frau, die alljährlich ihren Weg in die Ruhrberge nahm, um Waldbeeren zu pflücken, bis der Tod ihr auch diesen Weg verbat. Von tiefem Ernst getragen sind seine Gedichte, die er der toten Mutter gewidmet hat. Sie zeugen von einer großen Sittlichkeit. Noch als alternder Mann spricht er in seinen Gedichten so zur Mutter, wie er als Kind es getan hätte. Von den anderen Gedichten, die uns seine fühlende Seele verraten, ist besonders das Gedicht „Das Grubenpferd“ zu nennen. Hier legt er sich für die ärmste Kreatur, für das Grubenpferd, ein, das, oft jahrelang vom Tageslicht verbannt, in der Tiefe seine Arbeit verrichten muß und Heinrich Rämpchen bittet in seinem Liede um Barmherzigkeit für das Tier.

Daß an diesem tieferrnsten Menschen das Elementarste im Menschenleben, die Liebe, nicht spurlos vorübergegangen ist, ist leicht erklärlich, und wir finden mehrere Gedichte, die sich mit ihr auseinandersetzen.

So nahm das Leben Rämpchens seinen Gang. Er hat gelebt und gelitten, wie tausend andere seiner Bergarbeiterkameraden, aber eins hatte er ihnen zuvor: das war die dichterische Begabung. Diese hat seinem Leben ein besonderes Gepräge verliehen. Wie er gelebt hat, das verrät er uns in dem Gedicht „Mein Lebensgang“. Er sagt, daß er geliebt und gehaßt hat wie andere Men-

schentkinder auch, und daß auch er geirrt und gelehrt habe, aber er sei auch immer offen und ehrlich gewesen und habe nie geheuchelt und gehehlt. Bis ins spätere Alter blieb ihm sein Jugendmut bewahrt.

Anfang des Jahres 12, als die Bergarbeiter in einem Streik standen, legte ihr großer Sänger sich zum Sterben nieder. Noch vom Sterbebette aus mahnte er sie zur Treue.



Am 6. März 1912 erlöste ihn der Tod von seinen Leiden. Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung wurde seine sterbliche Hülle zum katholischen Friedhof in Linden an der Ruhr geleitet.

Die Gedichte Rämpchens haben überall großen Anklang gefunden. Sie sind zum größten Teil in unserer „Bergarbeiter-Zeitung“ erschienen. Außerdem sind sie in drei — jetzt vergriffenen — Bänden herausgekommen. Im Jahre 1898 erschien die erste Ausgabe unter dem Titel „Aus Schacht und Hütte“. Unter der Bezeichnung „Neue Lieder“ erfolgte im Jahre 1904 die Veröffentlichung einer weiteren Sammlung. Der dritte Band kam im Jahre 1909 heraus unter der Ueberschrift „Was die Ruhr mir sang“. Diese drei Bände waren seit langer Zeit vergriffen und die Gedichte drohten in Vergessenheit zu geraten. Da hat unser Verlag H. Hansmann & Co. in Bochum unlängst eine neue Sammlung herausgegeben, die auf einem prachtvollen Umschlag den Titel „Aus der Tiefe“ trägt. Dieser Schritt ist nur zu begrüßen, doch der Bergbau nicht sonderlich reich an Liedern und die Gedichte verdienen es, der Vergessenheit entrissen zu werden. Der Zusammensteller der Gedichte, Wilh. Heil, schreibt in seiner Einleitung: „In der vorliegenden Auswahl der Gedichte Rämpchens ist das wertvollste Gut aus den drei von dem Dichter herausgegebenen Bänden erhalten. Ferner sind alle Bände der „Bergarbeiter-Ztg.“ seitdem Rämpchen an ihr mitarbeitete, bis zu seinem Tode gewissenhaft durchgesehen. Es wurden in der vorliegenden Auswahl daher auch Gedichte aufgenommen, die in den früheren Bänden nicht enthalten sind. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um Gedichte, die nach Herausgabe des letzten Gedichtbandes von Rämpchen entstanden sind. Mit Beendigung des Jahrgangs 1910 ist auch in der „Bergarbeiter-Zeitung“ das Schaffen des Dichters abgeschlossen. Gewiß hat zu dieser Zeit schon die Krankheit das Schaffen des Dichters behindert. Da auch der Nachlaß nach verlässlichen Angaben Wesentliches nicht mehr enthält, dürfen wir annehmen, daß uns mit der vorliegenden Auswahl alle künstlerisch und geschichtlich wertvollen Gedichte wieder zugänglich gemacht sind.“

W. Berneiser.

Allerlei Rechtliches.

Pfändung der Möbel.

Was von den Möbeln unpfändbar ist, wird nicht mit ausreichender Deutlichkeit im Gesetz gesagt. Es wird lediglich in § 811 der Zivilprozessordnung bestimmt, daß u. a. die folgenden Sachen der Pfändung nicht unterworfen sind: Kleidungsstücke, Betten, Wäsche, Haus- und Küchengerät, insbesondere die Heiz- und Kochöfen, soweit diese Gegenstände für den Bedarf des Schuldners oder zur Erhaltung eines angemessenen Hausstandes unentbehrlich sind. Für die Unentbehrlichkeit eines gepfändeten Möbelstückes ist der Zeitpunkt der Pfändung maßgebend. Jedenfalls dürften als unentbehrliche Möbelstücke angesehen werden z. B. die Betten, in denen die Familie schläft, Küchenschrank, Kleiderschrank, Tisch und Stühle, soweit solche Möbel nicht zu zahlreich vorhanden sind und dann vielleicht unbenutzt herumstehen. Hat jemand ein Büfett, das er bereits einem anderen etwa für ein Darlehen verpfändet hat, und wird dieses bereits anderweitig verpfändete Stück vom Gerichtsvollzieher gepfändet, so muß der Gläubiger sofort die Freigabe verlangen und sein Recht dann nachweisen.

Wie entsteht ein Pfandrecht?

Jemand will seinem guten Freund, der sich gerade in Not befindet, eine Summe Geld leihen. Der Freund will ihm dafür eine Möbelsicherheit geben als Sicherungspfand. Es genügt aber nicht, daß man das miteinander ausmacht und darüber einig ist. Nicht einmal ein schriftlicher Pfandvertrag reicht aus, wenn die Hauptsache vergessen wird: die verpfändete Sache muß dem Gläubiger auch übergeben werden. Ist das nicht der Fall, so kann jeder andere Gläubiger des guten Freundes das angeblich gepfändete Möbelstück für seine Forderungen pfänden lassen. — Nun ist die Uebergabe nicht immer praktisch. Einmal will der gute Freund das Möbelstück weiter benutzen, und zum anderen entstehen mitunter Transporchwierigkeiten, wenn es sich um größere Stücke handelt. Daher hat der Gelehngeber zugelassen, daß die Uebergabe auch erlegt werden kann, indem beide vereinbaren, daß der gute Freund, anstatt die Sache zu übergeben, das Pfand behalten und verwahren möge oder daß er es geliehen bekommt. Wenn die Uebergabe fehlt und auch nicht durch Verwahrung oder Leihe oder in ähnlicher Form erlegt wird, so ist ein Pfandrecht nicht entstanden. Und der Geldgeber darf das Pfand nicht verwerten.

Weglassung der religiösen Eidesformel.

Wer unter Eid auslagen soll oder eine Auslage beschwören muß, braucht nicht die vom Gesetz ursprünglich vorgesehene Form zu wahren. Der Eid wurde früher durchgängig in der Weise geleistet, daß der Richter die Eidesnorm mit der Eingangsformel: „Sie schwören bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ vorsprach und der Schwurpflichtige hierauf die Worte sprach (Eidesformel): „Ich schwöre es, so wahr mir Gott

helfe!“ Der Schwörende soll bei der Eidesleistung die rechte Hand erheben. Nach Artikel 177 der Reichsverfassung kann die Eidesleistung rechtswirksam auch in der Weise erfolgen, daß der Schwörende unter Weglassung der religiösen Eidesformel erklärt: „Ich schwöre!“ Wer z. B. Freidenker ist, hat den Eid in dieser Form zu leisten. Im übrigen hat der Richter zu fragen, ob der Schwurpflichtige den Eid in der religiösen oder weltlichen Form leisten will.

Ratenzahlung und Arbeitslosigkeit.

Hier und da findet man die Meinung vertreten, daß der Eintritt von Arbeitslosigkeit von der Verpflichtung, die Ratenzahlungen für irgendeinen gekauften Gegenstand pünktlich auch weiterhin zu entrichten, befreit. Diese Meinung ist leider falsch! Der arbeitslos gewordene Kamerad ist nach wie vor verpflichtet, die Raten für den gekauften Radioapparat, das Fahrrad, die Nähmaschine oder das Möbelstück zu entrichten. Wer z. B. eine Familienzeitung mit Abonnementversicherung unglücklich erworben hat, muß auch weiterhin fleißig die Abonnementsgebühr bezahlen. Die Arbeitslosigkeit ist auf ein bestehendes privates Rechtsverhältnis ohne jeden Einfluß. Daran sollte jeder Arbeitnehmer denken, der vor dem Abschluß eines Ratenkaufvertrages steht. Wenn er verständlich handeln will, lasse er in den schriftlich zu schließenden Kaufvertrag hineinschreiben: „Wird der Käufer arbeitslos, so entfällt für die Dauer der Arbeitslosigkeit jede Verpflichtung zur Ratenzahlung!“ Wenn man eine derartige Klausel dem Vertreter vorschlägt, so wird dieser wahrscheinlich nicht darauf eingehen. Diese Weigerung möge dem Kameraden ein deutlicher Beweis sein, daß die Lieferfirma unter allen Umständen die Einhaltung der Ratenzahlungen trotz Arbeitslosigkeit erzwingen wird. Hier ist der beste Schutz des Kameraden seine Arbeitslosigkeit; denn wo nichts ist, hat auch kein Kaiser sein Recht verloren. Wer aber wirklich sich ein paar Sachen angeschafft hat, an denen er nun hängt, weil sie vielleicht ihm ehrlich erworbenes Gut darstellen, dem ist nicht viel zu helfen, wenn er arbeitslos wird und Ratenzahlungen nicht mehr einhalten kann. Er wird nämlich voraussichtlich prompt gepfändet. Hüte dich vor Abzahlungsgeheimnissen, besonders dann, wenn es sich nicht um ganz gefasste und vertrauenswürdige Unternehmungen handelt!

Die Menschheit besinnt sich.

Kann es so weiter gehen? Soll nicht statt des Machtgedankens eine sittliche Idee die Welt des Morgen beherrschen? Es scheint, daß die Welt sich besinnt. Vollzieht sich diese Entwicklung auch langsam, immerhin: wann war je die Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens der Völker weitesten Kreises so offenkundig wie jetzt?

Vielleicht ist es auch bezeichnend, daß, worauf die „Neue Erziehung“ hinweist, ein Buch von John Dewey zur Einführung in die Ethik jetzt das meistgelesene Buch in Amerika ist.

Gewiß steht diese Ethik einer Ethik fern, wie sie von der Gewerkschaftsbewegung vertreten wird, aber immerhin erkennt das Buch an, „daß die gesellschaftlichen Verhältnisse erkannt und gestaltet werden müssen.“

Das Buch verlangt eine Abkehr vom Amerikanismus und vom Rammmonismus. Er verdient darum, auch von uns bemerkt zu werden als Zeichen der Zeit.

10. Woche Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 28. Febr. bis 5. März 1932

